

Pulsnitzer Tageblatt

Preisnehmer 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2133. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Roffe's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20, Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanagsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Förstlers Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 58

Mittwoch, den 10. März 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amthlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Wäsche- und Berufskleiderfabrikanten **Ernst Paul Gentsch** in **Oberlichtenau**, Bez. Dresden, Nr. 42, wird heute am 9. März 1926, nachmittags 4 1/2 Uhr **das Konkursverfahren eröffnet**.

Der Rechtsanwalt Dr. Schröpfer in Pulsnitz wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **31. März 1926** bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Verbeibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den **9. April 1926**, vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum **31. März 1926** anzeigen.

Amtsgericht zu Pulsnitz.

Kirchensteuer 1925.

Das evangelisch-lutherische Landeskonfessionarium hat in dem Nachtrag vom 30. Dezember 1925 zur vorläufigen Kirchensteuerordnung für das kirchliche Rechnungsjahr 1925 die Beseitigung der bei der Veranlagung der Kirchensteuer 1925 hervorgetretenen Ungleichheiten angeordnet. Darnach ist von den Steuerpflichtigen, deren endgültige Einkommensteuer 1925 höher ist, als das vierfache der bisher der Kirchensteuer zu Grunde gelegten Einkommensteuer-Vorauszahlung für das erste Kalendervierteljahr 1925, die auf den Unterschiedsbetrag entfallende Kirchensteuer nachzutragen.

Ferner werden noch die Steuerpflichtigen zur Kirchensteuer 1925 herangezogen, für die bei der Veranlagung der Reichseinkommensteuer 1925 ein Steuerbetrag festgesetzt worden ist, von denen aber bisher Kirchensteuer nicht gefordert werden konnte, weil sie eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das 1. Kalendervierteljahr 1925 nicht zu entrichten hatten.

Wenn die nach der Einkommensteuer 1925 berechnete Kirchensteuer hinter dem Betrage zurückbleibt, der nach dem bereits zugestellten Kirchensteuerbescheid 1925 zu zahlen war, ist der entrichtete Mehrbetrag nach rechtskräftiger Veranlagung der Einkommensteuer 1925 auf Antrag zu erstatten. Dieser Antrag ist, soweit diese Veranlagung schon fest rechtskräftig ist, binnen **4 Wochen** nach dem **30. März 1926**, im übrigen binnen **4 Wochen** nach dem Eintritt der Rechtskraft bei der zuständigen Gemeinde zu stellen.

Die nach Absatz 2 und 3 zu erhebende Kirchensteuer wird durch besonderen Bescheid angefordert werden.

Das Bischöfliche Ordinariat des Bistums Meißen hat für die Mitglieder der römisch-katholischen Kirche die gleiche Regelung getroffen.

Bei Lohnsteuerpflichtigen, die nicht besonders zur Einkommensteuer veranlagt werden, bewendet es bei den festgesetzten Beträgen.

Pulsnitz, am 9. März 1926.

Der Stadtrat

als Hilfsstelle des Finanzamtes.

Öffentliche Handelsschule (mit Volkklasse) und Fachschule für Textilindustrie

Montag, am 15. d., abends 6 Uhr:

Entlassung der Handels- und Textilfachschüler

Dienstag, am 23. d., abends 6 Uhr:

Öffentliche Kommissionsprüfung der Erwachsenen in der Werkmeister-Abendschule.

Pulsnitz, am 10. März 1926.

Studienrat **Holle**, Direktor.

Das Wichtigste

In Genf wurde das Datum für die Abrüstungskonferenz festgelegt und die Beratungen über eine Kompromißformel fortgesetzt.

Im Haushaltsausschusse des Reichstages hielt Dr. Curtius eine Rede über Geldwirtschaft und Handelsverträge.

Der Südtiroler Landtag hat beschlossen, einen Dringlichkeitsantrag an den Völkerbund zu senden.

Die neuen Kündigungsgesetze im engeren Ruhrrevier haben am Sonntagabend 11 850 Arbeiter und Angestellte betroffen.

Thyssen und Krupp halten weitere Entlassungen für unabweidbar.

Die britische, die französische und die Sowjetregierung haben den Wahabiten-Sultan als König von Hedhas und Sultan von Nedjed anerkannt.

Wie die Agentur in Indo-Pazifische aus Tokio berichtet, hat die Volkszählung ergeben, daß China 436 095 000 Einwohner zählt. Davon entfallen auf Peking 4 Millionen, auf Schanghai 5 1/2 Millionen.

Wie der Mailänder „Corriere della Sera“ meldet, werden am 1. April in die wiedergewonnenen Gebiete (Südtirol) 9 neue Garnisonen gelegt. Inzwischen ist die Befreiung der 50 Kilometergrenzzone von den nichtitalienischen Bewohnern durchgeführt worden.

Die Lage in Genf.

In Genf laufen allerlei Verhandlungen, Unterhaltungen und Gerüchte. Die deutsche Delegation soll wieder einmal mögliche getan und nicht getan haben. Es ist falsch, daß die deutsche Delegation auf neue Instruktionen aus Berlin wartet, um in einem Kompromiß nachgeben zu können. Es ist falsch, daß die deutsche Delegation bereit ist, ohne In-

Ratlosigkeit in Genf

Briand vom Präsidenten wieder beauftragt, nachdem Herriot abgelehnt hat. — Schwedens entscheidender Einpruch.

Nervosität in Genf.

Verhandlungen ohne Ergebnisse. — Unannehmbare Vergleichsvorschläge. — Die deutsche Delegation drängt auf Entscheidung.

Genf. In der Dienstagssitzung des Völkerbundesrates wurde zwischen Frankreich und England eine Einigung dahin erzielt, daß die Abrüstungskonferenz am 17. Mai stattfinden soll, ohne Rücksicht darauf, ob inzwischen Rußland und die Schweiz ihre diplomatischen Schwierigkeiten beigelegt hätten. Selbstverständlich bedeutet diese Einigung nicht, daß das Datum nun feststeht, sondern daß sich ihrerseits die Delegationen mit ihren Kabinetten in Verbindung setzen, so daß man eigentlich aufs neue von einem vorläufigen Datum reden kann.

Zu gleicher Zeit trat die ständige Kommission des Völkerbundes für Land-, See- und Luftstreitkräfte zusammen, um die Vorarbeiten für die Tagung der neu eingesetzten Kommission der Völkerbundversammlung zu leisten, der die Prüfung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund obliegt. Die ständige Militärkommission hat sich ohne weiteres dem Bericht angeschlossen, den die Völkerbundkonferenz an den Völkerbund erstattet hat und der die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands auf militärischem Gebiete festlegt.

Auch die zweite Kommission tagte, die den

Beitrag Deutschlands

festzusetzen hat und den Plan eines Neubaus eines Ver-

sammlungshauses für den Völkerbund betreiben soll. Diese Kommission wird als Beitrag 2 Millionen Mark vorschlagen. Die deutsche Regierung wird Wert darauf legen, bei der Festsetzung des Beitrages nicht hinter andere Staaten zurückgestellt zu werden. — Ueber den

Streit um die Ratsfige

sind zahllose Gerüchte verbreitet, ohne daß in den ersten Verhandlungen irgend ein Fortschritt gemacht wäre. Unter den Gerüchten spielt jedoch die Behauptung eine große Rolle, daß eigentlich für Deutschland die Erweiterung der Ratsfige vorteilhafter sei als die Beschränkung der ständigen Ratsfige auf die bisherigen vier Großmächte und auf Deutschland. Man glaubt diesen merkwürdigen Gedanken damit begründen zu können, daß Deutschland bei kommenden politischen Konflikten regelmäßig die Entscheidung treffen werde, und daß es für Deutschland vorteilhafter sei, wenn diese Entscheidung auch auf andere Mächte gelegentlich abgewälzt werden kann. Alle

Kompromißversuche Englands und Frankreichs

müssen vorläufig daran scheitern, daß die schwedische Delegation ganz fest darauf beharrt, gegen jeden Ratsfige außer den für Deutschland stimmten zu wollen. Die schwedische Delegation geht dabei im Einvernehmen mit Holland und der Schweiz von der Auffassung aus, daß die Stellung der kleinen Mächte in Genf gefährdet ist, wenn die Zahl der Großmächte im Völkerbundrat vermehrt wird und daß dabei auch das Prinzip der Ein-

